

ecke

nr. 6 – dez 2025 / jan 2026

turmstraße

Zeitung für das « Lebendige Zentrum» und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Moabit hat bekanntlich viele interessante Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung. Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Turmstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecketurm@gmx.net. Bitte vergessen Sie auch die Absenderadresse nicht! Einsendeschluss ist Montag, der 9. Februar 2026. Unser letztes Bilderrätsel zeigte die Fassade des Ex-Hertie-Gebäudes an der Turmstraße. Gewonnen hat Ilka Soennecken – herzlichen Glückwunsch! Den Gutschein erhalten Sie per Post.

Winterspielplätze in Moabit

Mit der kälteren Jahreszeit wird der Aufenthalt auf Spielplätzen immer ungemütlicher. Auch in diesem Jahr werden deshalb wieder bezirksweit an neun Standorten Winterspielmöglichkeiten für Familien mit kleinen Kindern geöffnet. Hier können Kinder zusammen mit ihren Eltern oder anderen Begleitpersonen an ein bis zwei Terminen wöchentlich ihrem Bewegungsbedürfnis nachkommen. U.a. werden Bewegungs- und Spiel Landschaften aufgebaut und es werden unter fachkundiger Anleitung Bewegungsspiele angeboten. In Moabit stehen folgende Winterspielplätze zur Verfügung:

- Familienzentrum Moabit-Ost, Rathenower Straße 17, montags 15–18 Uhr und dienstags 15–17 Uhr, für Familien mit Kindern von 0–6 Jahren, familienzentrum-moabit.de

- Stadtschloss Moabit, Rostocker Straße 32 und 32 b, sonntags 14–17 Uhr, für Familien mit Kindern von 1–6 Jahren, stadtschloss-kids.chayns.site
- Familienaktiv-Zentrum (FaZ), Agricolastraße 28, sonntags 9–11 Uhr und 11–13 Uhr, für Familien mit Kindern von 0 bis 3 Jahren, www.frecherspatz.de/index.php/faz-familienaktivzentrum/faz-veranstaltungskalender

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/team/stadtteilzeitung

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

INHALT

Seite 3 *Aufhebung des Sanierungsgebiets steht bevor*

Seite 4 *Pläne für die Jugendverkehrsschule*

Seite 5 *Kinder- und Jugendstudie Mitte*

Seite 6/7 *Müllgipfel / Wunschbaum*

Seite 8 *Kino für Moabit / Veranstaltungen*

Seite 9 *MOWE-Festival statt Ortstermin*

Seite 10 *Aus für die Galerie Nord*

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** *Laubberäumung in Mitte*
- **Seite 12** *Wohin mit den E-Scootern*
- **Seite 13** *Ende der Quartiersmanagements*
- **Seite 14** *Obdachlosencamps in Mitte*

Seite 15 *Adressen + Gebietskarte*

Seite 16 *Eckensteher*

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Turmstraße« , c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Möller Pro Media

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Die nächste Ausgabe

der Ecke Turmstraße erscheint voraussichtlich Mitte Februar 2026. Bis dahin wünschen wir Ihnen eine schöne Vorweihnachtszeit, erholsame Feiertage und einen guten Start ins Neue Jahr!

Sanierungsgebiet: Die letzte Phase läuft

Was das für Mieter und Eigentümer bedeutet

Ende 2026 bzw. Anfang 2027 soll das Sanierungsgebiet Turmstraße offiziell aufgehoben werden, zusammen mit anderen Sanierungsgebieten, die ebenfalls mit der 12. Rechtsverordnung des Senats im Jahr 2011 festgesetzt worden waren. Allerdings bedeutet die offizielle Aufhebung des Sanierungsgebiets nicht automatisch auch das sofortige Ende geförderter Maßnahmen. Denn das Sanierungsgebiet bildet vor allem einen rechtlichen Rahmen, das Städtebauförderprogramm »Lebendige Zentren und Quartiere«, das hier bereits seit 2008 zum Einsatz kommt (sogar in einem etwas größeren Einzugsbereich als das Sanierungsgebiet), bildet den finanziellen Rahmen: Es ermöglicht die Finanzierung von Maßnahmen, z.B. zur Verbesserung des öffentlichen Raums und der Infrastruktur. Diese Finanzierung vollzieht sich für die einzelnen Projekte in sogenannten Programmjahren zur Anmeldung der Gelder und Kassenjahren zum Ausgeben der Gelder. Auch wenn das Sanierungsgebiet Anfang 2027 aufgehoben wird, werden dennoch begonnene Vorhaben fortgeführt, denn erst das Jahr 2028 ist das letzte Kassenjahr für dieses Gebiet. Neue Projekte dürfen jedoch seit 2024 nicht mehr angemeldet werden.

Dennoch ändert sich einiges im Gebiet: So bedürfen Bauvorhaben nach der Aufhebung des Sanierungsgebiets nur noch einer einfachen Baugenehmigung und nicht mehr einer zusätzlichen sanierungsrechtlichen Genehmigung. Dann ist ein Neubau nach § 34 des Baugesetzbuches bereits zulässig, wenn er sich nach »Art und Maß der baulichen Nutzung (...) in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt«. Allerdings ist in Moabit wie auch in anderen Teilen Westberlins immer noch der Baunutzungsplan (BNP) von 1958/60 formal gültig, der Art und Maß der Bebauung regelt. Für Mieterinnen und Mieter entfällt die kostenlose Mieterberatung im Rahmen des Sanierungsgebiets, allerdings bestehen die Mieterberatungen für die Erhaltungsgebiete Waldstraße und Birkenstraße weiter. Die für ein Sanierungsgebiet verpflichtende Stadtteilvertretung als zu beteiligendes Gremium entfällt. Zudem wird im nächsten Jahr auch die »Ecke Turmstraße« eingestellt.

Ausgleichszahlungen werden fällig

Für Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken, Immobilien und auch Eigentumswohnungen werden sogenannte Ausgleichszahlungen fällig. Bei dieser Regelung geht der Gesetzgeber davon aus, dass das Sanierungsgebiet durch die hier investierten Fördermittel der öffentlichen Hand eine deutliche Aufwertung erfahren hat. Daraus resultiert eine Bodenwertsteigerung, von der auch die Eigentümerinnen und Eigentümer innerhalb des Sanierungs-

gebiets profitieren. Als Ausgleich dafür müssen sich Eigentümerinnen und Eigentümer anteilig an den angefallenen Sanierungskosten beteiligen. Die gezahlten Ausgleichsbeträge werden vom Bezirksamt Mitte in zusätzliche Projekte reinvestiert. Umso ungünstiger war es, dass der vom Land Berlin bestellte Gutachterausschuss, der für die Ermittlung dieser sanierungsbedingten Bodenwertsteigerung zuständig ist, sich sehr viel Zeit mit seiner Expertise ließ. Erst nach neun Monaten, in diesem Sommer, teilte er die besonderen Bodenrichtwerte mit. Für das Sanierungsgebiet Turmstraße kam der Gutachterausschuss zu einer sanierungsunbeeinflussten Bodenrichtwert von 2100 Euro/qm und einem sanierungsbeeinflussten Bodenrichtwert von 2150 Euro/qm. Mit anderen Worten: Die sanierungsbedingte Bodenwertsteigerung wurde auf 50 Euro/qm bei einer GFZ von 2,5 veranschlagt. Ausgehend von diesem Wert werden nun vom Bezirk die Ausgleichsbeträge errechnet, die die Grundstücks-, Haus- oder Wohnungseigentümer zahlen müssen. Der Gesetzgeber ermöglicht es jedoch auch, mittels einer Ablösevereinbarung schon vor der Aufhebung des Sanierungsgebiets den Ausgleichsbetrag zu vereinbaren (»vorzeitige Ablöse«). Dies haben bereits etliche Eigentümerinnen und Eigentümer im Sanierungsgebiet Turmstraße in Anspruch genommen. Der Betrag kann zudem mit zuvor vertraglich vereinbarten Ordnungsmaßnahmen auf dem eigenen Grundstück verrechnet werden, etwa Entsiegelungsmaßnahmen oder Abrisse von Hofkellern. Ziel des Bezirksamts ist es, alle Eigentümerinnen und Eigentümer, die Ausgleichsbeträge zu entrichten haben, anzuschreiben und noch einmal ausführlich über das Thema der Ausgleichsbeträge und die Möglichkeit der vorzeitigen Ablöse zu informieren. Ein Informationsflyer zur vorzeitigen Ablöse für Eigentümerinnen und Eigentümer im Sanierungsgebiet Turmstraße sowie ausführliche FAQ (Fragen und Antworten) sind fertiggestellt und unter dem folgenden Link abrufbar: www.turmstrasse.de/sanierung.





Mit oder ohne Bibliothek?

Derzeit wird untersucht, was auf dem Areal der Jugendverkehrsschule neben einer grundsätzlichen Sanierung machbar wäre

Schon lange hatten sich die jeweils amtierenden Stadtteilvertretungen Turmstraße dafür eingesetzt, dass die Moabiter Jugendverkehrsschule in der Bremer Straße wieder ertüchtigt wird. Wie berichtet, ist inzwischen auch etwas mehr Bewegung in die Sache gekommen. So wird derzeit anhand einer Machbarkeitsstudie geprüft, welche Möglichkeiten auf dem Areal der JVS über die reine Sanierung des Bestandsgebäudes und des Fahrgartens bestehen. Dabei wurden auch Varianten der Gestaltung des Fahrgartens und sechs Vorzugsvarianten der Baukörperstudien vorgestellt und diskutiert – denn es gibt über den reinen Betrieb der Jugendverkehrsschule hinaus auch die Überlegung, auf dem Areal auch die kommunale Mittelpunktbibliothek unterzubringen. Dabei handelt es sich um die Bruno-Lösche-Bibliothek, die derzeit noch in angemieteten Räumlichkeiten in der Perleberger Straße untergebracht ist, allerdings auf sehr engem Raum. Schon länger gab es deshalb die Idee, sie auf einem landeseigenen Grundstück anzusiedeln – und auch schon konkrete Pläne für einen gemeinsamen neuen Multifunktionsbau in der Turmstraße 22, in dem neben der Bibliothek auch Räume der Berliner Staatsanwaltschaft Platz finden sollten. Doch angesichts der knappen Landesmittel verschwand das Vorhaben wieder in der Schublade. Insofern ist die Überlegung, nun das (bezirkseigene) Areal der JVS multifunktional zu nutzen, sehr naheliegend und schlüssig. Allerdings wird sich auch hier, sofern man sich hier für die zusätzliche Unterbringung der Bibliothek entscheidet, früher oder später die Frage nach der Finanzierung eines Neubaus stellen. Der Bezirk wird das kaum aus eigenen Mitteln stemmen können. Und da auch alle anderen Bezirke in dieser notorisch prekären Situation sind, wird die Investitionswarteliste beim Senat immer länger

und länger. Andererseits. Sollte irgendwann mal wieder ein einschlägiges Förderprogramm ins Spiel kommen, zu dem das Vorhabenprofil passt, hat man bessere Karten, wenn man schon Planungen in der Schublade hat. us

Gedenktafel am GSZM an neuem Ort

Am Gesundheits- und Sozialzentrum Moabit (GSZM), gut sichtbar von der Turmstraße, erinnert seit November eine Berliner Gedenktafel an die jüdischen Ärztinnen und Ärzte des ehemaligen Krankenhauses Moabit. Bislang fristete die Tafel ein Schattendasein am Haus M. Nun ist sie an der Straßenseite des Hauses A für alle sichtbar, die die Turmstraße passieren. Im Haus A ist derzeit das Gesundheitsamt Mitte untergebracht. Die Initiative zu dem neuen Erinnerungsort geht zurück auf Thomas Abel vom Verein Gleis 69, der sich mit der Geschichte der verfolgten jüdischen Bevölkerung vor allem in Moabit beschäftigt. »Die Geschichte der jüdischen Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus Moabit soll nicht vergessen sein«, sagte Abel. Der Arzt und Historiker Christian Pross hat in den 1970er und 1980er Jahren deren Geschichte erforscht. Viele von ihnen wurden am 1. April 1933 von der SA verhaftet. Einige konnten ins Ausland fliehen, etliche überlebten die NS-Herrschaft nicht. Mit einigen der Überlebenden konnte Pross später über ihre Erlebnisse sprechen. Im Moabiter Krankenhaus befanden sich eine der ersten Suchtkrankenfürsorgestationen und eine der ersten Jugendberatungsstellen sowie Beratungsangebote für Ehe und Sexualität. Christian Pross nannte die jüdischen Ärztinnen und Ärzte »innovative Talente und engagierte Sozialreformer«.

ZK/U-Gütermarkt – die Winteredition

Gerade noch rechtzeitig vor dem Fest lädt das ZK/U – Zentrum für Kunst und Urbanistik zu einem etwas anderen Gütermarkt ein. Statt Konsumrausch und Massenware stehen hier Selbermachen, Tauschen, Reparieren und Wiederverwenden im Mittelpunkt. Der Markt feiert kreative Ideen, nachbarschaftliches Miteinander und jede Menge vorweihnachtliche Wärme mitten in Moabit. Zwischen Kunsthandwerksständen mit lokalen Kreativen und offenen Bastelstationen wird geschnitten, geklebt, gestrickt und recycelt. Hier entstehen handgemachte Geschenke – mal von anderen, mal selbstgemacht. Und an der Geschenkepackstation können Mitbringsel direkt und ressourcenschonend verpackt werden – natürlich mit wiederverwendeten Materialien. Für die passende Stimmung sorgt ein vielfältiges musikalisches Programm mit lokalen Musikerinnen und Musikern – von leisen winterlichen Klängen bis zu tanzbaren Beats zwischen Glühweinduft und Lichterketten. Auch fürs leibliche Wohl ist gesorgt: heiß, regional – und garantiert wärmend. 14. Dezember, 11–19 Uhr, ZK/U Berlin, Siemensstraße 27, 10551 Berlin

»Mehr Orte für Begegnung«

Bericht des Kinder- und Jugendbüros Mitte zur »Sichtweise junger Menschen« im Bezirk

Wie erleben junge Menschen den Bezirk Mitte – und was brauchen sie, um gut hier aufwachsen zu können? Das ist das Thema einer großen Befragung des Kinder- und Jugendbüros Mitte, dessen Ergebnisse im Bericht »Sichtweise junger Menschen im Bezirk Mitte« zusammengefasst wurden. Grundlage sind die Aussagen und Perspektiven von fast 2000 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in den Jahren 2023/2024 in Schulen, Freizeiteinrichtungen und im öffentlichen Raum befragt wurden. Die Befragungen wurden in den vier Sozialräumen des Bezirks – Zentrum, Moabit, Wedding, Gesundbrunnen – durchgeführt, der Bericht gibt die ortsspezifischen Ergebnisse entsprechend gegliedert wieder. Grundsätzlich wünschen sich junge Menschen vor allem Sicherheit im öffentlichen Raum, bezahlbare Freizeit- und Essensangebote, mehr Orte für Begegnung, gut erreichbare Sport- und Bewegungsflächen sowie echte Mitbestimmung in Schule und Stadtteil. Viele Themen betreffen unmittelbar die Lebensqualität in den Kiezen und gleichzeitig Bereiche der Jugend-, Sozial-, Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik. Im Sozialraum Moabit nahmen 565 junge Menschen an der Befragung teil. In der Umfrage gaben knapp 10% von ihnen an, sich in Moabit in Parks oder Plätzen aufzuhalten, knapp 20% suchen andere Stadtteile auf. Sicherheit und Sauberkeit sind auch für sie ein wichtiges Thema: Die Präsenz betrunkener und/oder unter Drogen stehender Menschen im öffentlichen Raum wird von fast 60% als bedrohlich wahrgenommen, besonders abends. Ca. 42% der Befragten gaben an, dass sie sich eher nicht bis gar nicht sicher füh-



len. Besonders unwohl fühlen sie sich dabei in S- und U-Bahnhöfen (U-Bahnhof Turmstraße), aber auch in Parks (Großer und Kleiner Tiergarten, Ottopark) oder unter der S-Bahnbrücke am Westhafen. Die Beleuchtung im Stadtteil wird als unzureichend empfunden und es wird eine Zunahme von Scherben und Spritzen beschrieben, vor allem auf (Spiel)Plätzen. Dabei fällt allerdings auf, dass die generelle Zufriedenheit mit dem eigenen Stadtteil dennoch hoch ist: 80% fühlen sich sehr wohl oder wohl in ihrem Kiez. Aber sie wünschen sich mehr Orte für ihre Aktivitäten und Interessen, sowohl im öffentlichen Raum als auch in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen. Aus ihrer Sicht mangelt es an Spiel- und Bewegungsflächen, zumal manche der verfügbaren Flächen in einem bedenklichen Zustand sind. Knapp 13% der Kinder geben den Spielplatz als Lieblingssort an. Lediglich 6% der Befragten nannten hier Bolz- und Sportflächen – aber 18,6% gaben gleichzeitig an, dass Sport (z.B. Fußball, Tischtennis, Boxen etc.) ihre Lieblingsbeschäftigung im Stadtteil sei. Sie wünschen sich eine Ausweitung und adäquate Ausstattung von Flächen sowie (kostenfreie) kontinuierliche Bewegungsangebote, darüber hinaus Angebote in kalten Jahreszeiten und eine bessere Ausstattung, etwa mit Tischtennisplatten und -kellen. Dabei legen sie Wert auf gewaltfreie Kommunikation, Teamwork und Eigenverantwortung. Bedrückend ist, dass viele der Moabiter Befragten wegen der finanziellen Situation ihrer Familien oft nicht an sportlichen oder kulturellen Angeboten teilnehmen können. 15% der Befragten, vor allem Kinder, wünschten sich »regelmäßige, warme und vor allem kostenfreie Mahlzeiten«. Gut die Hälfte der Moabiter Befragten gab an, noch nie auf einer Ferienfahrt gewesen zu sein. Entsprechend besteht der Wunsch nach Erholungsreisen und Ausflügen. Vor allem die Jugendlichen möchten »aus Berlin rauskommen« und sehnen sich nach Reisemöglichkeiten außerhalb ihres alltäglichen Umfelds. Ein deutlicher Teil der Moabiter Befragten gibt zudem an, sich in der Schule unwohl zu fühlen. Sie wollen mehr beteiligt werden, v.a. bei der Themenauswahl im Unterricht, und mehr über praktische Dinge des Alltags lernen und einen respektvollen Umgang durch ihre Lehrkräfte erfahren. Die Ergebnisse flossen in den Jugendförderplan (2026-2029) des Bezirks Mitte ein und richten sich außerdem an Fachkräfte, Verwaltung, Politik sowie Akteure der Stadtplanung. Der Bericht wurde erstellt vom Kinder- und Jugendbüro Mitte (Moabiter Ratschlag e.V. und Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Jugend, Familie und Gesundheit) in Kooperation u.a. mit den Sozialraumkoordinationen, der Jugendförderung, der Jugendhilfeplanung. Interessierte können ihn unter folgendem Link herunterladen: <https://moabiter-ratschlag.de/bericht-zur-sichtweise-junger-menschen-in-mitte-download> us

Das Moabiter Wolfgang-Scheunemann-Haus ist eine von mehreren Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk. Derzeit wird an Planungen für einen »Campus Bredowstraße« gearbeitet, der dann deutlich mehr Platz auch für Kinder- und Jugendaktivitäten bieten soll.

LESER-ECKE

Guten Morgen liebe Redaktion,

ich möchte Sie auf den Zustand der Lübecker Straße hinweisen. Vor einem geschlossenen Lebensmittelgeschäft stapelt sich der Sperrmüll, ein Späti betreibt seit Monaten mit Gartenmöbeln einen fragwürdigen Ausschank auf dem Gehweg. Ich zähle auf dem Weg von der Birkenstraße zur Turmstraße mittlerweile mehr als zehn Kaufland-Einkaufswagen sowie zahlreiche Matratzen und Elektrogeräte. Da nutzen auch Begegnungszonen nicht mehr viel. Warum findet hier keine Begehung durch die zuständigen Behörden statt? Man kann sich als Anwohner wirklich nur noch schämen.

Freundliche Grüße, Louis Hanke

Müllgipfel, die zweite

Der Bezirk kämpft gegen den Müll – und gegen die Ignoranz des Senats

Louis Hanke (siehe Brief oben) ist nicht der einzige, den der Müll in den Straßen massiv stört. An manchen Ecken stinkt es buchstäblich zum Himmel, speziell dort, wo auch die BSR nicht so recht rankommt, beispielsweise zugeparkte Rinnsteine, Baumscheiben und andere Ecken, wo die Reinigungsfahrzeuge nicht hinkommen. Aber es sind ja nicht nur die überquellenden oder demolierten Mülleimer, die Müllsäcke oder das Fastfood oder dessen Verpackungen, die zur Freude der Rattenpopulation auf der Straße oder in Parks landen – es ist eben sehr oft auch Sperrmüll, der einfach mal an der nächsten Straßenecke abgeladen wird. Ganz so, als gäbe es keine Recyclinghöfe, keine BSR-Kieztage und keine individuelle (aber dann eben kostenpflichtige) Sperrmüllabholung. Und es scheint, als sei mit den Jahren die Hemmschwelle immer weiter gesunken, seinen individuellen Dreck einfach mal der Öffentlichkeit zu überantworten.

Sicher, es macht sich auch bemerkbar, dass die Stadt deutlich voller geworden ist, auch, dass es mehr Tourismus gibt, dass die To-Go-Kultur um sich greift und ihre Spuren hinterlässt. Es erklärt aber noch nicht, warum alte Matratzen, Kühlschränke, halbe Wohnungseinrichtungen einfach auf der Straße abgeladen werden. Auffällig ist zudem, dass es solche Ansammlungen auch in den nobleren und wohlhabenderen Vierteln gibt – die Neigung, die innere Sau rauszulassen auf Kosten der Allgemeinheit, ist eben keine Klassen-, sondern eine Haltungsfrage.

Der Bezirk Mitte hat sich den Kampf gegen die Müllflut auf die Fahnen geschrieben, Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger hat es sogar zur Chefsache gemacht: Einem ersten »Müllgipfel« im letzten Jahr, auf dem mit zahlreichen Akteuren die Probleme und mögliche Handlungsoptionen diskutiert wurden, folgte nun Ende November ein zweiter – diesmal im Wedding Parkviertel. Dabei waren natürlich auch die lokalen Initiativen gefragt, aber die Probleme ähneln sich ja in vielen Kiezen. Die Müllgipfel zielen darauf, »Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenzubringen, um Probleme zu erörtern und Lösungsstrategien zu entwickeln«. Dazu gehören die Nachbarschaft und Initiativen aus dem Bezirk, aber auch die unterschiedlichen Verwaltungen des Bezirksamts Mitte oder die Entsorgungsbetriebe BSR und ALBA. Dabei brachte schon der erste Müllgipfel viele Erkenntnisse, Handlungsvorschläge und Lösungsansätze. Es gab Arbeitsgruppen zu den Themen Müll im öffentlichen Raum, privater Müll (also hauseigene Mülltonnen und deren Entsorgung) sowie Gewerbemüll. Es lohnt sich, sich die Ergebnisse auf der bezirkseigenen Website »Mitte macht sauber« anzuschauen (www.berlin.de/ba-mitte/service/dienstleistungen/mittemachtsauber). Dort findet sich u.a. eine sehr informative Zusammenfassung der Ergebnisse des Müllgipfels als PDF sowie das PDF-Dokument »loesungsvorschlaege-muellgipfel«. Neben den Problemanalysen der drei Themenkomplexe finden sich dort auch die dazu gesammelten Ideen, etwa die Organisation regelmäßiger Sperrmülltage in der Nachbarschaft (die BSR organisiert zwar gemeinsam mit den Bezirken die sehr erfolgreichen Sperrmüll-Kieztage, schafft allerdings pro Kiez nur einen bis zwei Einsätze im Jahr) oder Patenschaften für öffentliche Plätze. Zum Thema Gewerbemüll gab es u.a. den Vorschlag, verpflichtende Schulungen bei der Gewerbeanmeldung etwa zu Mehrwegverpackungen einzuführen.

Viele dieser Vorschläge basieren darauf, dass mehrere Akteure zusammenwirken und kooperieren müssen, also beispielsweise Hausgemeinschaften mit der Hausverwaltung und der BSR oder aber Clean-Up-Initiativen mit dem bezirklichen Ordnungsamt und beispielsweise Schulen etc.



Ch. Eckelt

Was allerdings der erste Müllgipfel auch zutage brachte: Jene Bürgerinnen und Bürger, denen der Zustand des öffentlichen Raums nicht egal ist und die sich engagieren, sind es langsam leid, dass »zwar mehr ehrenamtliches Engagement erwünscht ist, um den Kiez zu säubern, der von Eigentümern und Gewerbetreibenden verursachte und teils unzureichend entsorgte Müll aber eine zusätzliche Belastung für Ehrenamtliche darstellt.« Und sie sind es auch leid, für die öffentliche Hand in die Bresche zu springen: Denn für einen wirkungsvollen Kampf gegen die Müllflut braucht man nun mal auch verbindliche Ansprechpartner, möglichst klare Strukturen, unkomplizierte und schnelle Kommunikation und – last but not least – natürlich müssen die entsprechenden bezirklichen Stellen, von denen man praktisches Handeln erwartet, auch angemessen finanziell und personell ausgestattet sein, beispielsweise die Straßen- und Grünflächenämter und Ordnungsämter.

Wenn aber der zuständigen Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt bei ihren Kürzungsvorschlägen für den neuen Landeshaushalt als erstes Sparpotenzial ausgerechnet die BSR-Kieztage, die Parkläufer oder eben die bezirkliche Grünpflege einfallen – dann muss man sich auch nicht wundern, warum die Stadt so aussieht, wie sie aussieht. Solange die Senatsverwaltung den öffentlichen Raum in erster Linie als fast kostenlose Abstellmöglichkeit für einen Haufen Blechkarossen ansieht, ist es geradezu heuchlerisch, von seinen Bürgern mehr Wertschätzung für eben diesen Raum zu verlangen. Der Fisch stinkt immer vom Kopf her.

us

Ordnungsamt online

Sperrmüll melden geht auch von unterwegs

Was immer noch viele nicht wissen: Im Internet gibt es eine zentrale Berliner Ordnungsamt-Adresse (<https://ordnungsamt.berlin.de>) und auch eine Ordnungsamt-App, unter der schnell und simpel beispielsweise Sperrmüllablagerungen, aber auch Lärmbelästigungen oder andere Störungen in Grünflächen, auf Straßen oder Verkehrswegen online gemeldet werden können. Allein in den ersten vier Dezembertagen gingen dort fast 6500 Meldungen ein. (Die meisten davon betrafen übrigens wild abgestellten Sperrmüll.) Die Ordnungsämter der Bezirke bemühen sich dann um eine schnellstmögliche Behebung des jeweiligen Problems.

Die Nutzung der App ist übrigens auch anonym, also ohne die Angabe personenbezogener Daten möglich. Wenn Sie eine Rückmeldung zum Bearbeitungsstatus wünschen, ist allerdings zumindest die Angabe Ihrer E-Mail-Adresse erforderlich. Die App »Ordnungsamt-online« kann kostenlos über den Google- bzw. Apple-App-Store geladen werden.



Ch. Eckelt

Wo Wunschbäume wachsen

Solche Sterne wie der auf unserem Foto, auf dem Kinder ihre sehnlichsten Weihnachtswünsche notiert haben, wachsen nur an ganz besonderen Bäumen: den Wunschbäumen. Die wiederum stehen nur an besonderen Orten – beispielsweise im Rathaus Tiergarten.

Auch das Bezirksamt Mitte beteiligte sich in diesem Jahr wieder an der Wunschbaumaktion des Vereins »Schenk doch mal ein Lächeln e.V.«. In den Foyers der drei Mitt Rathäuser, also auch im Rathaus am Mathilde-Jacob-Platz, wurden festlich geschmückten Weihnachtsbäume aufgestellt, von denen man Wunschsterne mit selbst gebastelten oder gemalten Wunschzetteln pflücken konnte. Mit der Erfüllung des Wunsches macht man eines von vielen Kindern glücklich, die sonst wenig haben – in diesem Jahr vor allem Kinder in Einrichtungen für Geflüchtete und Schutzsuchende in Mitte und Charlottenburg.

Ziel der Wunschbaumaktion ist es, Familien in schwierigen Situationen zu unterstützen. Die Geschenke kosten bis zu 30 Euro, die beschenkten Kinder werden nur mit Vornamen bzw. Spitznamen und Alter genannt, um ihre Anonymität zu wahren.

Bis zum 11. Dezember konnten die unverpackten Geschenke im jeweiligen Rathaus abgegeben werden, gemeinsam mit Freiwilligen wurden sie dann einige Tage später, am 15. Dezember, im Balkonsaal des Rathauses Tiergarten verpackt. Die teilnehmenden Organisationen oder der Verein holen die Pakete anschließend ab und überbringen sie den Kindern.

Begonnen hat der Verein »Schenk doch mal ein Lächeln e.V.« mit seiner Aktion 2014, bis heute kamen viele Unterstützer hinzu. So können berlinweit mehr als 6000 Herzenswünsche erfüllt werden. In diesem Jahr stehen die Wunschbäume wieder in vielen Berliner Rathäusern, in Unternehmen und Behörden.



Ch. Eckelt

»Kino für Moabit« kämpft weiter

Unterschriften zum Erhalt des Kiezkinos überreicht

Am 5. November übergab das Team von »Kino für Moabit« die Petition »Rettet das Wanderkino« mit knapp 2000 Unterschriften an den Abgeordneten Taylan Kurt (MdA, Bündnis/Die Grünen). Dieser hat inzwischen den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner aufgesucht, um sich bei ihm dafür einzusetzen, dass das Moabiter Wanderkino als einzigartiges Beispiel für innovative Soziokultur erhalten wird. Doch bisher ist die Zukunft der Initiative noch ungeklärt. Aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt: Und so hoffen die Initiative selbst und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer weiter, dass die politischen Entscheidungsträger einlenken und die notwendige Finanzierung bereitstellen. Deshalb bleibt die Rettungskampagne auch weiter aktuell. Man kann das »Kino für Moabit« weiterhin mit einer Unterschrift auf change.org unterstützen. Eine andere Möglichkeit der Unterstützung sind natürlich Spenden: Wem das Kino wichtig ist und wer es sich leisten kann und mag, spendet bitte auf folgendes Konto:

Moabiter Filmkultur e.V.
IBAN: DE24 8306 5408 0004 1135 78, Deutsche Skatbank.
Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Die Initiative dankt allen, die bereits unterschrieben und oder gespendet haben. Im November gab es bereits eine Dankesfeier für alle Kinofreunde.

Adventszeit in Moabit

Die QMs öffnen wieder die Türen ihrer »Lebendigen Adventskalender«

Zwar hat Moabit keinen regelmäßigen Weihnachtsmarkt wie der Wedding mit seinem wirklich schönen »Wintermarkt«, der an jedem Adventswochenende auf dem Leopoldplatz stattfindet. Aber erstens ist der Leo ja nur ein paar U-Bahnstationen von der Turmstraße entfernt, zweitens hat auch Moabit Vorweihnachtliches zu bieten. Beispielsweise veranstalten die Quartiersmanagements Moabit-Ost und Beusselstraße (Moabit-West, gemeinsam mit dem Moabiter Ratschlag e.V.) auch in diesem Jahr wieder ihre »Lebendigen Adventskalender« mit vielfältigen Veranstaltungen.

So lädt beispielsweise am Adventssonntag, dem 14. Dezember, KUKUMU in der Lübecker Straße 43 von 12 bis 17 Uhr zum »Kreativen Weihnachtsmarkt mit Jam Session & Konzert« ein. Am 16. Dezember kann man im Nachbarschaftsladen »Stephans« (Stendaler Straße 9) von 16 bis 20 Uhr das »Kleine Winterfest« besuchen. Wer schon zu viele Weihnachtsplätzchen genascht hat, kann am Mittwoch, dem 17. Dezember beim »Lauf durch das winterliche Moabit« wieder ein paar Kalorien verbrennen: Das WeMoa Running Team startet um 19 Uhr in der Havelberger Straße 28 und lädt alle vom Anfänger bis zum erfahrenen Läufer zu einem Stündchen Lauf durch den Kiez ein, der mit einem Austausch in gemütlicher Runde endet.

Besinnlich geht es am Donnerstag, dem 18. Dezember ab 20 Uhr in der Reformationskirche Moabit (Beusselstraße 35) zu: die Refo-Gemeinde lädt zum gemeinsamen Adventsliedersingen ein.

Am 20. Dezember wird es wieder sportlich-bewegt, diesmal auf Rollen: die »Spreewölfe Berlin« laden von 17 bis 20 Uhr zum Weihnachtsskaten auf der Rollbahn im Poststadion (Lehrter Straße 59) ein, Punsch und Waffeln gibt's auch. Alternativ kann man an diesem Samstag von 17 bis 22.30 Uhr auch tanzen gehen: zur Kiez-Disko im SOS-Kinderdorf (Waldstraße 23/24). Von Ballroom über Rock und Latin bis zu Soul soll für alle etwas dabei sein. Menschen von 18 bis 99 Jahren sind eingeladen, gemeinsam zu tanzen, sich zu begegnen und den Abend mit guter Musik und ebensolcher Stimmung zu genießen.

Am 24. Dezember sind alle Moabiterinnen und Moabiter ab 12 Uhr wieder zum traditionellen Weihnachtskonzert auf dem Vorplatz des Rathauses Tiergarten eingeladen (Mathilde-Jacob-Platz 1). Die Musikerinnen und Musiker sorgen mit Interpretationen bekannter Jazz-Songs und beliebten Weihnachtsmelodien für weihnachtliche Stimmung. Und wer den Heiligabend nicht mit Familie oder Freunden verbringen kann oder möchte, muss trotzdem nicht allein bleiben: zumindest von 16 bis 19 Uhr lädt das »Stephans« zum gemeinsamen Feiern ein.

Noch mehr Veranstaltungen der »Lebendigen Adventskalender« findet man auf den Websites der Quartiersmanagements bzw. des Moabiter Ratschlags e.V.: www.moabit-ost.de, www.qm-beusselstrasse.de, www.moabiter-ratschlag.de

us

Kunst als Sozialkitt

Open Call für das vom Bezirksamt ausgelobte Festival »mowe« in Wedding und Moabit-Nord

2026/2027 wird es ein neues Kunstfestival für Wedding und das nördliche Moabit geben, eine entsprechende Ausschreibung hatte das Bezirksamt Mitte im Frühjahr gestartet. »mowe« soll laut Pressemitteilung des Bezirksamts »in den Handlungsräumen 06 Wedding und 07 Moabit-Nord der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere in den nächsten drei Jahren einen Raum für Begegnungen schaffen, in dem postmigrantische, queere und urbane Perspektiven sowie künstlerische Newcomer-Positionen mehr Sichtbarkeit erhalten.«

Was es mit dieser »Gemeinschaftsinitiative« auf sich hat, findet man auf dem offiziellen Portal des Landes Berlin. Dort heißt es: »Ziel der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative (GI) ist die koordinierte Zusammenarbeit aller Senatsverwaltungen, um Mittel aus den Berliner (Landes)Programmen räumlich verstärkt in sozial benachteiligten Stadtquartieren einzusetzen. Durch den gemeinsamen Einsatz der Senatsverwaltungen werden eine leistungsfähige soziale Infrastruktur sowie nachhaltige öffentliche Dienstleistungen und sozio-integrative Angebote gestärkt. (...) Dies kommt langfristig auch der Stadt Berlin als Ganzes zugute, da einer sozialräumlichen Spaltung mit ihren sozialen Folgekosten für die Stadtgesellschaft entgegengewirkt wird. (...) Die Bezirke erstellen und aktualisieren federführend die GI-Handlungskonzepte.«

Um diesem hehren Ziel nachzukommen, hat der Fachbereich Kunst und Kultur des Bezirksamts Mitte kurzerhand das in fast 20 Jahren gewachsene und beliebte jährliche Moabiter Kunstfestival »Ortstermin« des Kunstvereins Tiergarten sterben lassen und die Mittel umgeschichtet für das neue mowe-Festival. Nun kann man sich natürlich fragen, ob ein auf zwei Jahre beschränktes Kunstevent nicht generell ein bisschen überfordert damit ist, »einer sozialräumlichen Spaltung entgegenzuwirken«, aber über die Lebensnähe der Berliner Politik- und Verwaltungsentscheidungen kann sich ja jeder selbst seine Gedanken machen. Den »mowe«-Zuschlag erhielt das Berliner Büro POLIGONAL, hinter dem das »Büro für Stadtvermittlung« von Christian Haid und Lukas Staudinger steht. Auf deren Website heißt es: »POLIGONAL untersucht mit künstlerischen und kuratorischen Arbeiten die Schnittstellen zwischen urbaner Praxis, Stadtvermittlung und Architektur. Mit dem Anliegen nicht-normative Blickwinkel zu eröffnen, entwickeln wir in disziplinübergreifenden Kooperationen Formate zur Vermittlung und Diskussion urbanistischer und stadtsoziologischer Themen. Dazu zählen per-

formative Stadterkundungen, Stadtvermittlungskonzepte sowie kuratorische Projekte zu urbaner Transformation, Marginalisierung und Queerness.«

mowe: »Kick-off« und Open Call zum Thema »ICONS«

Ende November hatte POLIGONAL mit einem »Kick-off« den Startschuss für das Festival gegeben – in Form einer Live-Radioshow. Der Anspruch: Das mowe-Festival, so versprechen die Organisatoren, »öffnet Ateliers und Projektträume, bringt Kunst auf die Straße, geht in Spätis, Imbissbuden und an unbekannte Orte. Mit performativen Spaziergängen, Stadtrauminszenierungen und partizipativen Aktionen verbindet das Festival Nachbarschaften, lokale Künstler*innen, Institutionen und Initiativen.« Was so ziemlich genau dem entspricht, was der »Ortstermin« schon seit fast 20 Jahren machte, bis hin zum jährlich wechselnden Thema.

Das eigentliche mowe-Festival soll dann in den Jahren 2026 und 2027 jeweils im Mai stattfinden. Im jetzt veröffentlichten Open Call heißt es: »Künstler*innen, Institutionen, Kollektive und alle, die mitgestalten wollen, sind eingeladen, Teil des Festivalprogramms im Mai 2026 zu werden. (...) Alle Sparten sind willkommen – von Malerei, Tanz, Literatur, Bildhauerei, Musik, Akrobatik bis Street Art. Aber auch Festival-Locations werden gesucht: Cafés, Studios, Ausstellungsräume und andere Orte in Nord-Moabit und Wedding, die Lust haben, für ein Wochenende zur Bühne, zum Ausstellungsraum zu werden. Mit mowe möchten wir neue Orte entdecken und Nachbarschaften, lokale Künstler*innen, Institutionen und Initiativen verbinden. – Das mowe Festival im Mai 2026 steht unter dem Jahresthema ICONS. Gemeinsam feiern wir leuchtende Symbole, die über Zeit und Raum hinaus wirken: Held*innen, Popstars, Aktivist*innen oder die Nachbarin von nebenan – Ikonen, die für Sichtbarkeit, Selbstermächtigung und geteilte Utopien stehen. Icons, das seid auch ihr!«

us

Der erste Open Call für das Festival im kommenden Jahr ist bereits gestartet. Alle Interessierten können sich über folgende Website anmelden und bewerben: www.kunst-im-stadtraum.berlin/de/event/mowe-2026-open-call
Die Bewerbungsfrist endet am 16. Januar 2026.



Aus für die Galerie Nord

Ab Mitte 2026 soll der Verein parallelgesellschaft e.V. die Räume in der Turmstraße 75 bespielen

Noch Anfang des Jahres hätte niemand in Moabit auch nur im Traum daran gedacht, dass die derzeitige Ausstellung des Kunstvereins Tiergarten in der Galerie Nord auch die endgültig letzte sein könnte. Doch im Frühjahr wurde bekannt, dass das Bezirksamt Mitte den Betrieb der Ausstellungsräume in der Turmstraße 75 neu ausgeschrieben hatte. Sehr zur Verblüffung und Empörung des Kunstvereins, dem offenbar diese Pläne nicht vorher kommuniziert worden waren und der erst im letzten Jahr sein 20-jähriges Bestehen gefeiert hatte. Die Galerie Nord war all die Jahre ein Kooperationsmodell zwischen dem Bezirk Mitte und dem Kunstverein Tiergarten – das nun einfach aufgekündigt wurde – mit Verweis auf »Vorgaben der Landeshaushaltsordnung«, die allerdings nicht neu sind. Nun hat der Bezirk das Ausschreibungsergebnis bekanntgegeben: Ab 2026 soll der Verein parallelgesellschaft e.V. den Ausstellungsbetrieb der kommunalen Galerie Nord im Brüder-Grimm-Haus in der Turmstraße übernehmen. In der Pressemitteilung heißt es vorsorglich: »Mit der Vergabe sind sowohl die entgeltfreie Nutzung der bezirkseigenen Ausstellungsflächen als auch eine Projektförderung in Höhe von 60.500 Euro für das Jahr 2026 verbunden. Umso wichtiger war ein transparentes und formal korrektes Verfahren nach den Vorgaben der Landeshaushaltsordnung.« Ab dem kommenden Jahr werde »ein prozessuales, vielschichtiges Ausstellungsprogramm umgesetzt, das den Dialog mit der Nachbarschaft entlang der Turmstraße stärkt und neue Perspektiven auf zeitgenössische Kunst eröff-

net.« Und: »Die Galerie Nord soll so zu einem offenen Begegnungsraum werden, der Kunst, Stadtgesellschaft und Kiez gleichermaßen einbezieht.« Als wäre die Galerie nicht schon seit 20 Jahren genau das gewesen: ein offener Begegnungsraum. Dem so abservierten Kunstverein Tiergarten warf die zuständige Stadträtin und Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger noch ein paar Dankesworte hinterher. Zugleich freute sie sich »auf die neuen Impulse, die parallelgesellschaft e.V. einbringen wird. Ihr Konzept verbindet künstlerische Qualität, Offenheit und eine starke Verankerung im Stadtteil – eine spannende Weiterentwicklung für diesen wichtigen Kulturstandort.« Der Verein parallelgesellschaft e.V. ist allerdings in Moabit weniger bekannt bzw. »verankert«, als Remlinger annimmt. Bekannt ist das laut Selbstbeschreibung »postdeutsche Künstler*innenkollektiv parallelgesellschaft«, das 2017 gegründet wurde, eher für die gleichnamige Neuköllner Lesebühnenshow und diverse Kooperationen mit Theatern. Wie sie die für Ausstellungen prädestinierten Räume mit ihren großen Schaufenstern im Brüder-Grimm-Haus künftig bespielen werden, ist noch unklar.

In der Pressemitteilung des Kunstvereins Tiergarten liest sich die Bewertung des Vorgangs freilich ganz anders. »Die Galerie Nord | Kunstverein Tiergarten wird nach den langen und harten Auseinandersetzungen des letzten Jahres in wenigen Wochen Geschichte sein. Unser zivilgesellschaftliches Engagement wird mit Füßen getreten – und zwar ohne Not. Und das ausgerechnet von unserem langjährigen Kooperationspartner, dem Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte im Bezirksamt Mitte. (...) Damit sind 21 Jahre erfolgreicher und breit geförderter Ausstellungstätigkeit mit internationaler Strahlkraft Geschichte. Wir sind entsetzt und fassungslos! Die Ausschreibung wurde mit dem Verfahrensrecht begründet, obwohl dieses sehr wohl Ermessensspielräume zulässt, die dem Kunstverein Tiergarten den Weiterbetrieb der Galerie Nord ermöglichen würden – so, wie es auch bei zahlreichen anderen Trägern regelmäßig gehandhabt wird. Obwohl sich zahlreiche renommierte Institutionen aus Kunst und Kultur, Berliner Künstler:innen und Politiker:innen öffentlich gegen das Verfahren ausgesprochen haben, hat das Bezirksamt Mitte die Ausschreibung weiterlaufen lassen. (...) Mit Stefanie Remlinger hat ausgerechnet eine Bezirksbürgermeisterin, die zugleich Kulturstadträtin ist, ihren Ermessensspielraum nicht genutzt, um eine nachhaltige und erfolgreiche Kulturinstitution entgegen eigenen Beteuerungen zu schützen. Eine erfolgreiche und mehrmals nominierte Struktur (AdKV Preis der Kunstvereine) wird unnötig zerstört und dabei ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement aufs Spiel gesetzt. Wo bleibt die zu Recht eingeforderte Nachhaltigkeit? Welche kulturpolitische Vision wird hier verfolgt?«

us



Ch. Eckelt



Ch. Eckelt

Einsatz von Laubbläsern minimiert

Laub verbleibt möglichst vor Ort – aber nicht auf Wiesen

Nach den elf »Goldenen Regeln der guten Pflege in Berlin« sind die Straßen- und Grünflächenämter der Stadt gehalten, Laub möglichst vor Ort zu belassen, weil das die biologische Vielfalt fördert. Auf Wiesen kann das Laub jedoch zumeist nicht verbleiben, so teilte der Fachbereich Grünunterhaltung jetzt der BVV mit. Die hatte im Juni das Bezirksamt gebeten, die Laubentfernung im Bezirk umweltfreundlicher zu gestalten. Das Pflegeziel von Wiesen sei im Regelfall eine »Abmagerung der Fläche«, argumentierte das Fachamt. Wenn organisches Material von Wiesen und Blühwiesen nicht abgetragen werde, fände eine Anreicherung mit Nährstoffen statt, die dafür sorgt, dass sich nährstoffliebende Pflanzen ausbreiten und die vorhandenen verdrängen. Schnittgut verbleibe in der Regel mehrere Tage vor Ort, damit Samen herausfallen und Insekten flüchten können. Erst nachdem alles abgetrocknet sei, nehmen die Grünpfleger das Schnittgut und das Laub auf und kompostieren es. Im Regelfall belässt das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) das Laub dagegen in Vegetationsflächen wie Büschen und Hecken, weil dort keine künstliche Abmagerung des Bodens erwünscht ist. So werden Lebensräume für Tiere geschaffen und eine Bodenverbesserung ermöglicht. Wenn es verträglich für die Vegetationsfläche ist, wird auch das Laub von umliegenden Wiesen oder Wegen dorthin verbracht. Der Einsatz von Laubbläsern, den die BVV ebenfalls kritisiert hatte, sei bereits auf ein verträgliches Maß reduziert. Auf Rasenflächen nimmt das SGA das Laub im Regelfall nicht mit einem Laubbläser auf, sondern mit den Mähmaschinen. Teilweise werde das Laub und Schnittgut aber auch händisch zusammengekehrt und abtransportiert.

cs

Demografie: Weniger Junge – viel mehr Alte

Der Senat prognostiziert bis 2040 insgesamt nur ein leichtes Bevölkerungswachstum für Mitte

Der Berliner Senat hat eine neue Bevölkerungsprognose bis 2040 veröffentlicht. Demnach wird Berlin bis 2040 um etwa 109.000 Einwohner beziehungsweise 3,3 % wachsen und dann eine Bevölkerungszahl von über 4 Millionen erreichen. Dieses Wachstum verteilt sich jedoch ungleichmäßig auf die einzelnen Bezirke. Den höchsten Anstieg verzeichnen dabei Treptow-Köpenick mit rund 9,6 Prozent und Lichtenberg mit 8 Prozent. Demgegenüber weisen Steglitz-Zehlendorf (–2,9 Prozent) sowie Charlottenburg-Wilmersdorf (–2,5 Prozent) die stärksten Bevölkerungsverluste auf. Die Bevölkerung des Bezirks Mitte wird nach dieser Prognose nur noch geringfügig um knapp 2 % anwachsen: von gegenwärtig 397.000 auf rund 405.000 im Jahr 2040. Dieses Wachstum verteilt sich aber sehr ungleich über die unterschiedlichen Altersgruppen: Die Zahl junger Menschen unter 18 Jahren wird nach dieser Prognose deutlich zurückgehen, nämlich um insgesamt rund 11%. Im Gegenzug steigt die Zahl der Menschen über 65 sehr stark: um 22%. Dabei fällt der Rückgang der unter-18-Jährigen je nach Ortsteil sehr unterschiedlich aus: Während man für Moabit nur mit einem Minus von 6,7% rechnen muss, geht die Prognose im Ortsteil Gesundbrunnen von gut 15 % weniger jungen Menschen als jetzt im Jahr 2040 aus. Das hat Konsequenzen für die Bezirksplanung. Die Prognose hat naturgemäß erhebliche Unsicherheiten, die Demoskopien haben deshalb drei Varianten entwickelt. In der oberen wächst Berlin bis 2040 mehr als doppelt so stark um insgesamt 245.000 Einwohner, in der unteren Variante dagegen gar nicht. Für die Planungen maßgeblich ist nach Beschluss des Senates jedoch die mittlere Variante. Für Mitte bedeutet das konkret, dass künftig nicht mehr so viele Schul- und Kitaplätze benötigt werden, dafür aber zusätzliche Einrichtungen für Senioren. Auch über die medizinische Versorgung im Bezirk werden wir wohl wieder diskutieren.



Bezirk kontrolliert E-Scooter

Verbänden gehen die Regeln nicht weit genug – der Bund will sie dennoch lockern

Rücksichtslos auf den Bürgersteigen abgestellte E-Scooter sind für Sehbehinderte und Blinde eine Gefahrenquelle, aber auch für Rollstuhlfahrende, Eltern mit Kinderwagen und ältere Menschen oft ein ärgerliches Hindernis. Deshalb fordert der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV), dass E-Scooter generell nicht an jeder beliebigen Stelle des Gehwegs einfach abgestellt werden können, sondern nur auf entsprechend ausgewiesenen und abgegrenzten Abstellflächen, die kontrastreich markiert und mit einem Blindenstock ertastbar sein sollten. Berlin ist seit diesem Sommer diesem Ziel einen konkreten Schritt nähergekommen. Denn durch eine Änderung der Polizeibenutzungsgebührenordnung (PolBenGebO) wurde jetzt endlich die Umlage der Kosten für die Umsetzung von sogenannten Elektrokleinstfahrzeugen geregelt. Die können durch das Ordnungsamt oder die Polizei jetzt auch den Verleihfirmen auferlegt werden, falls deren E-Scooter behindernd abgestellt sind. Pro Einsatzfall werden dann 62 bzw. 68 Euro fällig. Sind mehr als fünf E-Scooter gleichzeitig umzuräumen, erhöht sich die Umlage auf 219 bzw. 242 Euro – je nachdem, ob die Polizei oder das Ordnungsamt es anordnet. Die Mobilitätsanbieter wiederum können dann die Gebühren ihren Kunden in Rechnung stellen, die die E-Scooter behindernd abgestellt haben. Bisher mussten die Ordnungsbehörden die entsprechenden Kosten allein tragen.

Insgesamt neunmal führte der Allgemeine Ordnungsdienst des Ordnungsamts in diesem Jahr Aktionswochen mit Schwerpunktkontrollen zu Elektrokleinstfahrzeugen durch, zudem war die Fahrradstaffel des Ordnungsamts an sieben Aktionswochen mit diesem Auftrag unterwegs. Das teilte das Bezirksamt Mitte der BVV mit, die im Februar darum gebeten hatte, »die unhaltbaren Zustände bezüglich der regelwidrig abgestellten E-Scooter auf den Bürgersteigen im Bezirk Mitte zu beheben und den Ordnungswidrigkeiten entsprechend nachzugehen.«

»Der Bezirk Mitte von Berlin ahndet somit bereits jetzt schon die ordnungswidrig abgestellten eKF (E-Scooter) umfassend und nimmt hierbei im Land Berlin eine führende Rolle ein«, bilanzierte jetzt der Bezirk. Zwischen September 2022 und Oktober 2024 seien im Bezirk Mitte über 17.000 Ordnungswidrigkeits-Verfahren eingeleitet worden. Flankierend habe der Bezirk Mitte eine 3,5 Quadratkilometer große Parkverbotszone für E-Scooter im historischen Zentrum eingerichtet.

Allerdings erteilt der Senat den Anbietern der Leih scooter außerhalb dieser Zonen regelmäßig eine sogenannte »Free Floater Erlaubnis«, die das Deponieren der Fahrzeuge am Rand der Bürgersteige zulässt. Die entsprechenden Richtlinien verlangen zwar, die Elektrokleinstfahrzeuge so abzustellen, dass andere nicht beeinträchtigt werden. So muss grundsätzlich eine Gehwegbreite von mindestens 2,30 Metern freigehalten werden. Das ist dem Sehbehindertenverband aber zu wenig, weil man sich als Sehbehinderter nach wie vor nicht darauf verlassen kann, dass die Gehwege frei von solchen Fallen sind. Auch von digitalen Lösungen, bei denen eine App auf dem Smartphone in Echtzeit einen Warnton auslöst, sobald ein auf dem Gehweg parkender E-Scooter in der Nähe ist, hält der DBSV wenig. Ein Warnton auf dem Smartphone habe einen zu geringen Informationsgehalt, um das Problem zu lösen. Denn damit lasse sich nur feststellen, dass es einen E-Scooter in der Nähe gibt, jedoch nicht, wo er sich befindet. Auch dem Fußgängerverband FUSS e.V. reichen die Berliner Regelungen nicht aus. Scharf kritisiert der Verband zudem einen Entwurf des Bundesverkehrsministeriums, nachdem das Abstellen von E-Scootern auf Gehwegen in der Straßenverkehrsordnung sogar explizit erlaubt werden soll und das Abstandsgebot beim Überholen für eKFs ganz aus dem Regelwerk gestrichen wird. Die geplante Novelle der StVO »würde genau das Gegenteil dessen bewirken, was die Bundesregierung gerade erst in der Nationalen Fußverkehrsstrategie verkündete: Es ist eine grobe Attacke auf den Fußverkehr.«

cs

Quartiersmanagement läuft aus

Fünf von sechs QMs im Bezirk Mitte enden 2027

Am Ende des Jahres 2027 werden fünf der sechs Quartiersmanagements (QMs) im Bezirk Mitte auslaufen. Betroffen sind die drei Weddingener QM Gebiete Brunnenstraße, Pankstraße und Soldiner Straße / Wollankstraße sowie die beiden Moabiter QMs Beusselstraße und Moabit Ost. Bereits »verstetigt« sind im Bezirk die ehemaligen QM-Gebiete Sparrplatz und Magdeburger Platz (seit Ende 2016) sowie Ackerstraße (seit Ende 2020). Ab 2028 bleibt im Bezirk lediglich das Quartiersmanagement Badstraße, das erst im Jahr 2016 gegründet wurde.

In ganz Berlin laufen zum Jahresende 2027 insgesamt 19 von derzeit 32 aktiven QM-Gebieten aus. Die Entscheidung wurde nicht vom Bezirk getroffen, sondern von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern aus dem Jahr 2022. Diese beschränkte die Laufzeit der Förderung für einzelne Gebiete grundsätzlich auf 15 Jahre. Das ist auch bei anderen Städtebauförderprogrammen so üblich – allerdings finanzieren diese in der Regel bauliche Maßnahmen, die irgendwann abgeschlossen sein müssen. Aus dem Mitteln des Programms »Sozialer Zusammenhang« werden jedoch in erster Linie soziale Projekte fördert, die den Zusammenhalt in Problemquartieren stärken sollen.

Eine Überprüfung, inwieweit diese Ziele bereits erreicht wurden, findet aber nicht statt. So weisen die QM-Gebiete von Mitte im aktuellen Sozialstrukturatlas des Landes Berlin aus dem Jahr 2022 durchweg problematische Sozialstrukturen auf. Der Bezirk insgesamt rangiert darin nach Neukölln und Spandau zwar nur noch an drittletzter Stelle in Berlin – im Jahr 2013 hatte er noch auf dem letzten Platz gelegen. Die positive Entwicklung vollzog sich aber nicht gleichmäßig. Verbessert haben sich zwar die Indikatoren in gut der Hälfte der bezirklichen Planungsräume, insbesondere in den Gebieten Heine-Viertel Ost, Heidestraße und Charitéviertel. Anderswo hatten sich diese Indikatoren zwischen 2013 und 2022 aber deutlich verschlechtert, etwa im Moabiter Huttenkiez oder im Gebiet um die Lüneburger Straße. Insgesamt entwickelten sich die meisten Planungsräume mit bestehenden QMs in dieser Zeit aber meist allenfalls neutral.

Problematisch ist jedoch nicht nur der Wegfall der Fördermittel für diese Gebiete. Denn die sind in der Summe oft gar nicht so hoch und werden in der Regel nur meist zeitlich begrenzt eingesetzt, um bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren, etwa, um gemeinsam Müll vom öffentlichen Straßenraum zu entfernen oder ähnliche Aktionen.

So will man Anwohner und Gewerbetreibende dazu motivieren, auch selbst ab und an vor ihrer Haustür für Sauberkeit zu sorgen. Manche meinen deshalb auch, man sehe es den Straßen an, ob sie in einem QM-Gebiet liegen oder nicht.

Ohne die Mitarbeitenden des Quartiersmanagements und die ehrenamtlichen Strukturen aus Quartiersräten und Juries z.B. für den lokalen Aktionsfonds lassen sich solche Prozesse aber nur schwer anregen. Vor allem in innerstädtischen Gebieten mit hoher Fluktuation ist zudem eine professionelle Integrationsförderung notwendig, weil hier immer wieder neue Menschen ankommen, die angesprochen werden müssen. Ohne die Impulse aus den QM-Gebieten, die sehr viel flexibler auf aktuelle lokale Entwicklungen reagieren als die große Maschine der öffentlichen Verwaltung, wird diese Arbeit wohl auch nicht gerade leichter.

Das Bezirksamt Mitte verweist in diesem Zusammenhang auf die Stadtteilkoordination, die inzwischen flächendeckend in jeder der zehn Bezirksregionen von Mitte aufgebaut ist. Auch hier stehen mit der sogenannten »Stadtteilkasse« zwar Mittel zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements und zur Aktivierung der Bewohnerschaft zur Verfügung. Allerdings sind die Stadtteilkordinationen schon personell gar nicht in der Lage, die Aktivitäten der Quartiersmanagements auch nur annähernd zu ersetzen. Denn die Gebiete, die sie betreuen, sind im Schnitt mehr als doppelt so einwohnerstark und die Teams bestehen in der Regel lokal nur aus einer einzigen Person, die sich als Einzelkämpferin unmöglich um all die Aspekte kümmern kann, für die bislang die QM-Teams zuständig sind.

cs





»Räumungen von Obdachlosencamps oft unabdingbar«

Leitfaden zur Räumung von Obdachlosenlagern des Ordnungsamtes Mitte vorgelegt

Das Ordnungsamt Mitte lehnt die Aufforderung der BVV Mitte ab, Räumungen von Obdachlosencamps immer dann generell auszusetzen, wenn Obdachlose nicht untergebracht werden können. Dies teilte das Bezirksamt der BVV in einer Bezirksamtsvorlage mit, die am 18. November beschlossen wurde.

So seien allein auf der Onlineplattform des Ordnungsamtes (ordnungsamt.berlin.de) im vergangenen Jahr insgesamt 236 Beschwerden zu Obdachlosigkeit im Bezirk Mitte registriert worden. Im Straßen- und Grünflächenamt (SGA) Mitte gingen gleichzeitig 341 Beschwerden im Zusammenhang mit obdachlosen Personen und Obdachlosen-Camps ein. Das betraf vor allem Lärm, Müll sowie Gerüche und Belästigungen.

Grundsätzlich ist das »Campieren« im öffentlichen Raum in Berlin nicht gestattet. Es stellt nach der Ansicht der bezirklichen Ordnungsbehörde teilweise eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit dar. Der Allgemeine Ordnungsdienst führt deshalb regelmäßig Kontrollen durch, die freilich nicht zwangsläufig zu Räumungen führen. Die Dienstkräfte würden dabei, so teilt das Bezirksamt mit, grundsätzlich auf ein freundliches und angemessenes Verhalten achten – auch im Umgang mit obdachlosen Personen, bei denen oftmals vielschichtige Problemlagen wie z.B. Suchterkrankungen und damit einhergehendes Konsumverhalten oder Mittellosigkeit vorliegen.

»Es liegt jedoch in der Natur der Sache, dass ein ordnungsamtliches Einschreiten oftmals konfliktbehaftet ist und die Hinzuziehung der Berliner Polizei erforderlich macht.«

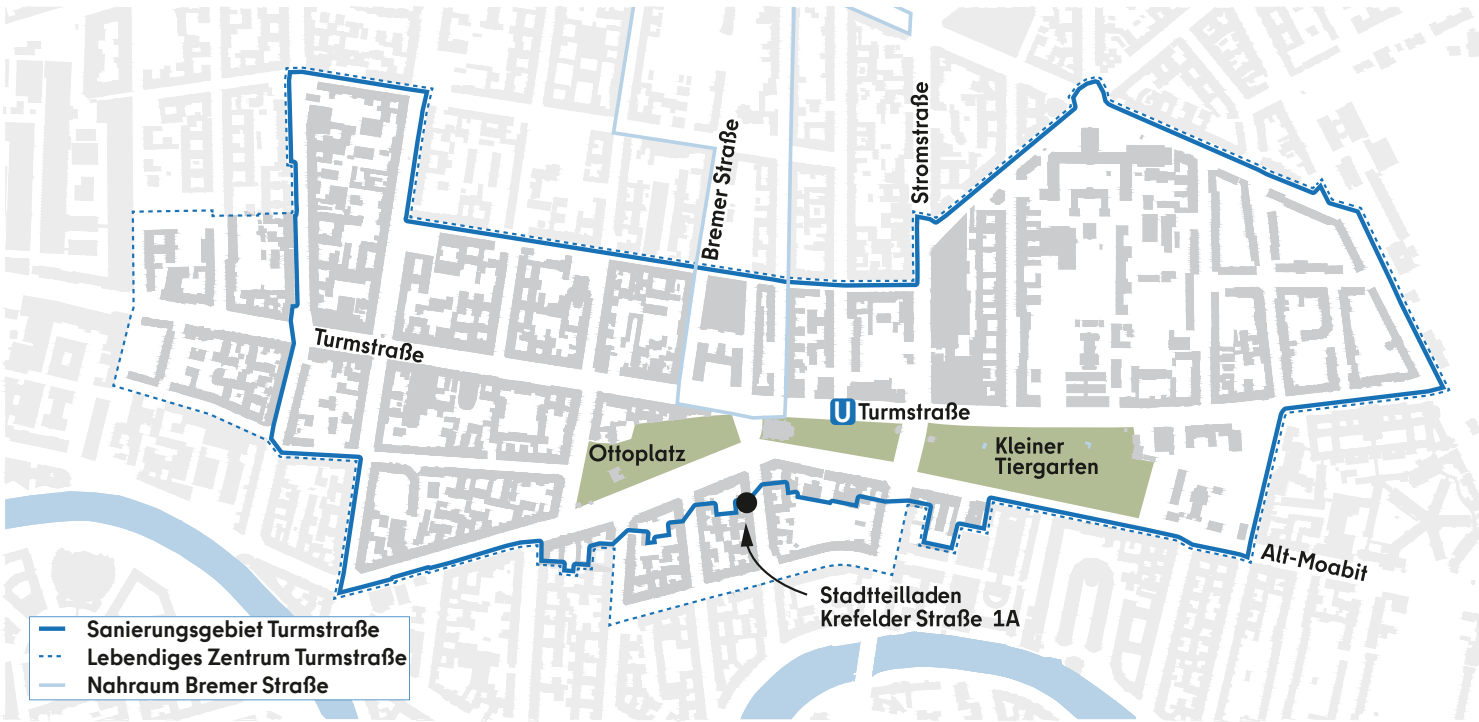
Räumungen von Obdachlosen-Camps im öffentlichen Raum werden in Mitte in der Regel erst nach einer vorherigen Betreuung durch die bezirkliche Sozialarbeit (Mobile Sozialarbeit – MSA) durchgeführt. Gegebenenfalls werden auch das bezirkliche SGA und die BSR informiert. Eine Räumung erfolgt ca. vier bis sechs Wochen nach der erstmaligen Feststellung bzw. Ansprache.

Sofern an einem Standort allerdings Gefahr in Verzug erkannt wird, erfolgt die Räumung auch zeitnah und unabhängig von einer vorherigen Betreuung durch die Mobile Sozialarbeit. Insbesondere in der Nähe kritischer Infrastruktur wie z.B. von Brücken oder Bahntrassen gehe von Obdachlosen-Camps eine nicht unerhebliche Gefährdung aus. Es kam dabei schon mehrfach zu Bränden mit erheblichen Folgeschäden, ein großer Risikofaktor besteht insbesondere in der Lagerung leicht entflammbarer Stoffe.

Zur Sicherstellung einer einheitlichen Verfahrensweise wurde im Ordnungsamt Mitte ein Leitfaden zur Räumung von Obdachlosenlagern entwickelt, der verbindlich zur Anwendung kommt. Hierbei wird zwischen bereits seit längerer Zeit bestehenden Lagern (zumeist von mehreren Personen in Zelten oder ähnlichem bewohnt) und spontanen Lagern unterschieden. Bei letzteren lagern zumeist Einzelpersonen mit Decken oder Schlafsäcken an exponierten Stellen, wie z.B. auf Parkbänken oder Spielplätzen. Auch da werden Hilfsangebote unterbreitet und mehrsprachige Informations-Flyer ausgegeben. Durch das Ordnungsamt erfolgt jedoch eine sofortige Auflösung und gegebenenfalls ein Platzverweis. Bei allen Räumungen werden in der Regel keine weiteren ordnungsamtlichen Anzeigen ausgemacht, weil das die knappen Personalressourcen des Ordnungsamtes zu sehr in Anspruch nehmen würde.

Die BVV Mitte hatte im November 2024 den Bezirk er sucht, Räumungen von Obdachlosenlagern im öffentlichen Raum so lange auszusetzen, bis den Betroffenen eine Unterbringung in einer geeigneten Unterkunft mit entsprechender Betreuung (z.B. für psychisch- und suchtkranke Menschen) oder in geeigneten Wohnungen angeboten werden kann. Dem widersprach jetzt das Ordnungsamt. Im BA-Beschluss heißt es: »Dem Ordnungsamt ist bewusst, dass die betroffenen Personen teilweise gesundheitliche Einschränkungen und schwere Schicksale hinter sich haben, diese Tatsache ist jedoch kein ausreichender Grund für eine Duldung illegaler Camps zu Lasten der allgemeinen Sicherheit und Ordnung. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind auch die Räumungen von illegalen Obdachlosencamps unabdingbar.«

cs



Adressen

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe

Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiter (komm.): Herr Giebel,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di und Do 9–12 Uhr,
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiterin: Mandy Adam
(030) 90 18-457 27

Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße

Zimmer 180/181
Annett Postler (030) 9018-454 36
annett.postler@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Franziska Kind (030) 33 00 28 48
turmstrasse@kosp-berlin.de
Sprechstunden: Do 16–18 Uhr
im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
(030) 23 94 53 39
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße

die raumplaner
Di 15–18 Uhr im Stadtteilladen,
Krefelder Straße 1a, (030) 23 93 85 08
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Quartiersmanagement Beusselstraße

Rostocker Straße 35, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabitwest.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost

Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Mieterberatung

für die Bewohner der Milieuschutzgebiete Waldstraße und Birkenstraße sowie des Sanierungsgebiets Turmstraße
Sprechzeiten: Mo 16–18 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a, Telefonische Beratung Do 10–12 Uhr
(030) 44 33 81 23
www.mieterberatungpb.de
team-moabit@mieterberatungpb.de



Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

Die Verwaltung der Kunst

Es ist noch gar nicht so lange her, da gab es im neuen Bezirk Mitte (zu dem die drei Altbezirke Mitte, Tiergarten und Wedding im Jahr 2001 fusioniert waren) mehrere kommunale Kultureinrichtungen, die geprägt waren durch ihren Ort und umgekehrt: sie strahlten in diese Orte zurück. Im Altbezirk Mitte gab es beispielsweise die Galerie Weißer Elefant (übrigens mit einer hochspannenden Vorwendeschichte), die Galerie Am Scheunenviertel oder auch die »Klosterruine«, in der seit 1982 Ostberliner Bildhauer/innen eigenmächtig Skulpturenausstellungen organisierten, die ab 1992 durch den von ihnen gegründeten Förderverein Klosterruine e.V. fortgeführt wurden. Zudem gab es eine überaus vitale freie Kulturszene, über deren unterstützende Projektförderung ein bald nach der Wende gegründeter, unabhängiger »Beirat für dezentrale Kulturarbeit« entschied. Historisch bedingt war die kommunale Kulturlandschaft im Westteil des neuen Bezirks dagegen weniger ausgeprägt, aber es gab sie.

All diese Einrichtungen waren völlig unterschiedlich, hatten aber eines gemeinsam: In ihnen waren Menschen zugange, die für die Vielfalt der Kunst brannten und die ihren Orten verbunden waren; die natürlich ihre Ecken und Kanten hatten, aber mit ihren Persönlichkeiten in einen Austausch mit ihrer Umgebung traten und dieser Umgebung wiederum Räume eröffneten.

Die Veränderung kam schleichend, aber sie kam, unter dem Deckmantel zunehmender Kürzungen in den Bezirkshaushalten. Schaut man sich heute in der kommunalen Kunstlandschaft des Bezirks

Mitte um, erlebt man eine merkwürdige – nun ja: Uniformierung. Übriggeblieben sind ganze fünf Einrichtungen: der »Kunst.Raum. Mitte«, außerdem eine »Galerie Wedding«, der (neu hinzugekommene) Kunstort »Bärenzwinger«, die »Klosterruine« und die per Ausschreibung neu vergebenen Räume der ehemaligen Galerie Nord, die bislang vom engagierten Kunstverein Tiergarten betrieben wurde. Offenbar hat die Kunst- und Kulturverwaltung des Bezirksamts Mitte eigene unausgelebte Kunst- und Kuratorenphantasien, denn in all diesen Einrichtungen regiert inzwischen immer mehr der »FB Kunst, Kultur und Geschichte«, mit anderen Worten: die Kulturverwaltung des Bezirksamts Mitte, und zwar von vorn bis hinten. (Die Galerie Nord wurde nun zwar per Verwaltungsakt erstmal dem Verein »parallelgesellschaft e.V.« anvertraut, aber wer weiß, wann auch dort endgültig die Verwaltung die Kunst übernimmt.)

Wie solche Verwaltungskultur dann aussieht, kann man auch beobachten: Profile werden ersetzt durch Beschreibungsgirlanden, in denen beflissene Vokabeln wie postkolonialistisch/postmigrantisch/queer/feministisch/immersiv/diskursiv/performativ/interdisziplinär/transformativisch/sozialräumlich/intersektional/urbanistisch/stadtsoziologisch/stadträumlich/ambivalent/verorten/positionieren/kuratieren zu einem banal-glitschigem Matsch verschwimmen. Diese Verschlammung und Verschlagwortung macht krank. Und sie wird weder der vielgesichtigen Gesellschaft noch ebensolcher Kunst und schon gar nicht der Spezifik der Orte gerecht. Folgerichtig verirren sich in solche hochakademisch-theoretisch geprägten, vom Verwaltungsgeist durchwehten Wunschkunstorte eher selten echte Menschen. Wozu auch, belehrende Verwaltung hat man eh schon genug.

Noch kränker macht allerdings die Vorstellung, wie viele einzigartige Menschen, die für ihre Orte und Kunst brannten, von der Verwaltung einfach weggebissen wurden. Verwaltung, wenn sie wirklich gut ist, ist schon Kultur und Kunst an sich. Ansonsten sollten Verwaltungen von Kunst doch bitteschön die Finger lassen.

us